

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Die Sozialdemokratie macht Staat

Natürlich lässt die Große Koalition einen ungehemmten Kampf um die Stimmen der Bürger kaum zu. Die Kanzlerin und Chefin der CDU hat – was sollte ihr auch sonst einfallen? – vor dem Ungeheuer einer rot-grün-roten Allianz gewarnt, kurzum: Sie setzt ein anderes Mal auf die bürgerschreckende Rote-Socken-Kampagne und bemüht sich schon im Auftakt der Schlacht Zweifel am Schwur der sozialdemokratischen Führung zu wecken, dass ein Bündnis mit der Linken im Bund nicht zur Debatte stehe. Zugleich warb sie mit gedämpfter Passion für eine schwarz-gelbe Koalition, obschon sie gut genug weiß, dass Westerwelle und seine Equipe in der gefährlichsten Krise der Wirtschaft seit 1945 nichts anderes zu bieten haben als die gebetsmühlenhafte Wiederholung ihrer schwachgeistigen Forderung, die Steuern müssten gesenkt werden (um die Staatsverschuldung aus Jux und Tollerei noch ein bisschen zu mehren).

Die Ankündigung einer politischen Ehe mit dem flotten Anwalt der »Bessergestellten« dient in Wahrheit dem taktischen Kalkül Angela Merkels, der die Besinnung so vieler ihrer Parteifreunde auf das sozialpolitische Engagement der Nachkriegs-CDU ein wenig unheimlich wird. Ihr Leipziger Bekenntnis zum Radikal-Liberalismus schien unter der Wucht der Krise aus dem Parteigedächtnis verdrängt worden zu sein – doch die Vorsitzende meint es sich nicht leisten zu können, die Gefolgsleute des Merz-Kapitalismus ganz zu verlieren. Kurz: Duz-Freund Westerwelle wird für die innere Balance der CDU gebraucht. Es steht auf einem anderen Blatt, ob Frau Merkel, die in den vergangenen Jahren ein wenig Welterfahrung gewonnen hat, den mundfertigen rheinischen Anwalt als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland nach Paris oder Washington



Klaus Harpprecht

(* 1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt. Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit 2007 Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.

oder Warschau oder Peking schicken möchte. Mit Westerwelle als Vizekanzler begänne eine Art Berlusconiisierung unserer Demokratie: Politik als *showbizz* pur.

Nähme sich die sogenannte Ampelkoalition rot-gelb-grün so viel besser aus? Der freidemokratische Ballettmeister ließe sich auf das Experiment nur ungern ein, aber eine definitive Absage, hinter die es kein Zurück gibt, scheint er aus guten Gründen zu scheuen. Sein wichtigstes Ziel: den Grünen nicht den Platz drei im Parteiengefüge zu überlassen, der den bürgerlich gemauserten Ökologen zufallen müsste, wenn sie ihren Wahlkampf mit der Souveränität eines Cohn-Bendit führten, der bei den Europa-Wahlen in Frankreich für seine bunte Heerschar 16,3 % der Stimmen gewann – nur noch drei oder vier Stellen hinterm Komma von den Sozialisten entfernt, die seit dem Kampf um die Präsidentschaft kein Glück mit sich und ihren konkurrierenden Führungsclans haben.

Keine Brücken sprengen

Die politische Konjunktur ist derzeit grün gestrichen. Natürlich wäre es zu wünschen, dass Rot-Grün eine regierungsfähige Mehrheit eroberte. Nach Auskunft der demoskopischen Auguren sind die Chancen nicht allzu rosig. Von Frank-Walter Steinmeier wird ein virtuoser Wahl-

kampf à la Schröder 2005 gefordert. Dazu braucht er, mehr noch als sein einstiger Chef, eine geschlossene SPD, die ihn mit jener Energie voranträgt, die sie immer wieder zu mobilisieren vermag.

Der Notwendigkeit einer verbalen Polarisierung, auch wenn sie sich ein bisschen künstlich ausnehmen mag, entgeht keiner der Partner in der Großen Koalition. Frank Steinmeier indes hat in seiner Rede auf dem Wahlparteitag den Zuhörern (wenn sie halbwegs geübte Ohren haben) zu verstehen gegeben, dass er keine Brücken sprengen will, die auch nach der Wahl noch tragen müssen – nämlich dann, wenn sich die aufmerksamen Bürger weigern sollten, sich den Zwängen eines »Lagerwahlkampfes« zu beugen und für eine Fortsetzung der Großen Koalition plädieren. Für Gerhard Schröder erwies sich vor der Wahl 2005 das Engagement des einstigen Verfassungsrichters Kirchhoff für die CDU als ein Glücksfall, den er ohne Hemmungen auszubuten verstand: Er machte den Professor, der die Tücken politischer Auftritte nicht kannte, zu einer Schießbudenfigur.

Nun scheint Wirtschaftsminister zu Guttenberg – Shootingstar der CSU – für die Rolle des Märtyrers bestimmt zu sein: Die intellektuelle Kühle, die Eloquenz, die Eleganz, ein Rest von aristokratischer Maniertheit bieten Anreiz genug, ihn dem öffentlichen Spott preiszugeben. Überdies verweigerte er sich hartköpfig der Ausdehnung staatlicher Finanzhilfe für bedrohte Privatunternehmen (wie Opel, wo er überstimmt wurde, oder Karstadt, wo er sich bei der Kanzlerin durchzusetzen vermochte). Andrea Nahles ernannte ihn flugs zum »Bundesinsolvenzminister«. Die brillante Pointe sprengt die Grenze des polemisch Erlaubten keineswegs. Doch es ist im Umgang mit dem talentierten Baron eine gewisse Vorsicht geboten: allzu robuste Angriffe könnten seine Popularität eher fördern. Zu Guttenberg ist intelligent genug, die Rolle des Sündenbocks zu nutzen, um seine Beliebtheit bei den Bürgern (und

mehr noch den Bürgerinnen) zu steigern, auch um seine Position in der CSU und damit der CDU zu festigen. Solange seine Partei an der Regierung beteiligt ist, wird er eines Ministeramtes sicher sein. Herausragende junge Begabungen sind unter den Christdemokraten so selten geworden wie – leider – auch in der SPD.

Man würde ihn auch in einer Großen Koalition auf der Regierungsbank wiederfinden, und man traut ihm zu, dass er den Ernst der Weltwirtschaftskrise (anders als sein unglückseliger Vorgänger) und ihre Komplexität begriffen hat. Wäre es, Hand aufs Herz, ein solches Unglück, wenn die Allianz der beiden Volksparteien noch für eine limitierte Frist fortgeführt werden müsste – freilich, wenn es denn irgend angeht, unter einem Kanzler Steinmeier? Wohl wahr: Es bekommt der Demokratie nicht, wenn sie ohne Opposition regiert werden muss – eine Aufgabe, der weder die rechtsliberale Garde Westerwelles noch die Grünen und erst recht nicht die »Linken« gewachsen sind, weil sie keine reale Alternative zu bieten haben, nicht faktisch, da sie nur als Anhang der großen Parteien den Zugang zur Macht finden, auch nicht programmatisch, da der FDP zur Krise gar nichts einfällt, der »Linken« nur ihre ausgeleierten Phrasen, den Grünen kein sozialpolitisches Konzept, das allen Härtesten standhalten würde.

Noch einmal zwei oder drei oder vier Jahre Große Koalition wären weiß Gott problematisch, weil die Extremisten in den linken wie den rechten Winkeln der Republik von der Abwesenheit einer echten Opposition profitieren könnten, zumal in einer Lage, in der wir noch für wenigstens ein Jahr mit einer anschwellenden Lawine der Arbeitslosigkeit und der Schließung von erschöpften Unternehmen zu rechnen haben. Dies spricht zum anderen für eine breite Verankerung der Verantwortung – zumal sich die Regierung Merkel-Steinmeier-Steinbrück dem plötzlich hereingebrochenen Desaster souverän gewachsen

zeigte. Man darf, alles in allem, von einer produktiven Allianz sprechen, die sich in Analyse, Urteil und Aktion immer wieder zu Gemeinsamkeiten durchrang, die den Geboten der Vernunft und der Notwendigkeit entsprochen.

Mehrt Selbstbewusstsein – weniger Entschuldigungen

Die Jahre der Koalition waren für die Sozialdemokratie keineswegs die schiere Tortur. Es wäre freilich gescheiter gewesen, wenn die Partei das Bündnis mit den Christdemokraten von Beginn an selbstbewusst geführt hätte, statt sich für eine Allianz zu entschuldigen, die in vieler Hinsicht stärker von den SPD-Ministern als von ihren CDU-Kollegen geprägt war. Warum bestätigen sie Frau Merkel nicht (womöglich lachend), dass sie eine gute Kanzlerin sein konnte, weil auf die verantwortungswillige Klugheit der regierenden sozialdemokratischen Mannschaft allemal Verlass war? Haben wir nicht aufgeatmet, als sich Angela Merkel und Peer Steinbrück im donnernden Auftakt der Krise ohne Umstand darüber verständigten, dass keine Zeit zu verlieren war, sondern rasch, präzise und generös gehandelt werden musste? (Es wäre freilich besser gewesen, wenn sie sich Präsident Sarkozys Forderung einer gemeinsamen europäischen – das heißt: deutsch-französischen – Aktion angeschlossen hätten, statt sich zunächst mit der ebenso hochmütigen wie törichten Parole »Jeder für sich« zu isolieren – zumal sie in der Folge zur Kenntnis nehmen mussten, dass die eher konservativ gelenkten Geldinstitute Frankreichs keine solch gigantischen Verluste erlitten wie die deutschen Banken, die – von aller Kompetenz verlassen – den geisteskranken Milliardenfantasien des Spekulationsfiebers erlagen.)

Es waren in der Tat die sozialdemokratischen Minister, die das Kabinett von Angela Merkel trugen. Nur Innenminister

Schäuble (und zu einem gewissen Grade Annette Schavan) dachten und handelten auf gleicher Höhe wie der Außen- und der Finanzminister, wie das Trio der sozialdemokratischen Frauen: die Justizministerin Brigitte Zypries, die unbeirrbar Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und die höchst erfolgreiche und nach außen so vorbildlich verhaltene Ministerin für Entwicklungshilfe, die »rote Heidi« Wierzok-Zeul. Zu ihnen schlossen der Umweltminister Sigmar Gabriel und der Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee auf.

Mit diesem Team ließ sich, im ganzen Sinn des Wortes, Staat machen – und es machte Staat. Angela Merkel wusste es zu schätzen. Sie muss sich nun fragen lassen, ob sie dem Drängen ihres sogenannten Wirtschaftsflügels und des konzeptlosen Westerwelle nachgeben und die Konsequenzen der Finanzkatastrophe in die Luft schreiben oder so gering wie irgend möglich halten will (ihre Schwüre auf allen Gipfelkonferenzen brechend)? Die absehbare Flucht aus der Verantwortung muss in der Tat ein Generalthema des sozialdemokratischen Wahlkampfes sein – das zentrale Element die Forderung nach einer effektiven Kontrolle des Bankwesens und der Spekulationskompanien wie der Hedgefonds, eine strenge Regulierung der Milliarden-spiele – in der Republik, in der Europäischen Union, auf dem internationalen Geldmarkt – und schließlich eine Bindung der Managerbezüge an die langfristigen Erfolge oder Misserfolge ihrer Unternehmen. Es geht nicht an, dass den Verantwortlichen für die Milliarden-Verluste (auf Kosten der Sparer und am Ende der Steuerzahler) auch noch der Hintern vergoldet wird. Dies wäre ein erster Ansatz, die Schere zwischen den Reichen und der übergroßen Mehrheit der Bürger nicht weiter auseinander klaffen zu lassen, sondern Millimeter für Millimeter (ohne jede Gleichmacherei) zu schließen. So verlangt es die Gerechtigkeit, die zugleich die verlässlichste Sicherung der freiheitlichen Demokratie ist.